

**Wolfgang Lemb**

**Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall**



**1. Mai: Wir sind viele. Wir sind eins.**

**Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2017 in Gera**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
verehrte Gäste aus der Politik und Kultur,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Bodo,

heute feiern wir den 1. Mai. Das ist unser Tag. Der Tag der internationalen Arbeiterbewegung. Der Tag, an dem wir weltweit für unsere sozialen und demokratischen Rechte und Forderungen eintreten.

Ich freue mich sehr, bei Euch heute in Gera zu sein.  
Ihr wisst es ja: Seit gut 25 Jahren bin ich hier zu Hause.

Vor 125 Jahren hat der erste Kongress der freien Gewerkschaften getagt. Damals wurden die Grundsteine für den Deutschen Gewerkschaftsbund gelegt.

Seitdem konnten die deutschen Gewerkschaften viel für die Beschäftigten erreichen!  
Wir sind erfolgreich. Wir sind stark.

Tagtäglich kämpfen wir – gemeinsam mit vielen Ehrenamtlichen in- und außerhalb der Betriebe, für ein besseres Leben der Menschen und eine gute Zukunft.

Unser diesjähriges Mai-Motto fasst das in einem Satz zusammen:  
„Wir sind viele. Wir sind eins.“

Das gilt auch für die IG Metall, die letztes Jahr ihren 125. Geburtstag gefeiert hat. In ihrer ganzen Geschichte war und ist die IG Metall eine Bewegung, die sich an politischen Grundwerten orientiert hat:

- Freiheit und Demokratie
- Gerechtigkeit und Gleichheit
- Solidarität und Gemeinwohl
- Respekt und Anerkennung

Das sind die Grundlagen unserer Politik. Das ist unser gemeinsames Fundament gewerkschaftlicher Arbeit. Das sind unsere Werte, die zeitlos und zugleich modern sind.

Respekt! Kein Platz für Rassismus in Gera – das ist die Grundlage meiner Initiative für einen gemeinsamen Appell zum diesjährigen 1. Mai.

Denn, Kolleginnen und Kollegen: „Es ist an der Zeit, Gesicht zu zeigen: Für Demokratie und Zivilcourage!“

Viele sind diesem Appell gefolgt. Dafür herzlichen Dank!  
Zugegebenermaßen eine ungewöhnliche Aktion zum 1. Mai.

Erstmals an einem 1. Mai beziehen hier in Gera Gewerkschaften, Arbeitgeber und ihre Verbände, die Stadt Gera und das Land Thüringen gemeinsam Position: Gegen die Feinde der Demokratie. Gegen die, die - hier nebenan – zum sogenannten Arbeiterkampftag mobilisiert haben. Wie ihre braunen Vorbilder aus dem letzten Jahrhundert, versuchen die unserer Arbeiterbewegung die Begriffe und die Inhalte zu stehlen und sie zu missbrauchen. Das lassen wir nicht zu, Kolleginnen und Kollegen!

Viele von ihnen tragen Springerstiefel und Bomberjacken.

Viele von Ihnen haben diese aber mittlerweile gegen feinen Zwirn getauscht. Sie sitzen in den Parlamenten und präsentieren sich als vermeintliche Kämpfer für soziale Gerechtigkeit.

Hier in Thüringen treibt bekanntermaßen ein Geschichtslehrer aus Hessen sein Unwesen. Der fordert eine „Erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“. Der ist ein – mittlerweile bekannter – Hass-Redner wie sein rhetorisches Vorbild aus den dunkelsten Zeiten. Seine Partei versucht sich gerne als Anwalt der Schwächsten. Als Partei der kleinen Leute. Doch das Gegenteil ist der Fall!

Im Parteiprogramm ist es zu lesen:

- Deren Steuermodell stärkt Reiche.
- Das Betriebsverfassungsgesetz wird infrage gestellt und die Erbschaftssteuer soll abgeschafft werden.
- Deren Frauenbild gleicht dem des Mittelalters.
- Und: An den Grenzen soll wieder auf Menschen geschossen werden.

Die kochen eine widerlich gallige Suppe aus Fremdenfeindlichkeit, Verachtung und Rassismus.

Dem stellen wir uns entgegen und sagen: Gera ist eine weltoffene Stadt. Rassismus, Hass und Gewalt haben hier keinen Platz. Weder am 1. Mai noch an anderen Tagen!

Ob „Der III. Weg“, AFD-Kundgebungen, Pegida oder Thügida-Veranstaltungen. Sie alle missbrauchen den Ruf der friedlichen Revolution: „Wir sind das Volk“.

Nein, Kolleginnen und Kollegen, die sind nicht das Volk. Sie sind auch keine Alternative für Deutschland! Nein - sie sind eine Schande für Deutschland, Kolleginnen und Kollegen!

Gegen Rechte und Rassismus hilft nur klare Kante!

Deshalb rufen wir den Faschisten und „National-Sozialen“, die sich hier in unserer schönen Stadt ausgerechnet heute am 1. Mai zusammenrotten zu:

„Haut ab! – Niemand braucht Euch – keiner will Euch hier haben!“

Und nehmt Eure völkischen Freunde und bürgerlich verkleidete Rassisten aus dem Landtag gleich mit!

Wir – Demokratinnen und Demokraten – stehen für Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Weltoffenheit!

Wir treten für gesellschaftlichen Zusammenhalt ein: In Deutschland und Europa!

Wir verteidigen unseren Rechtsstaat, in dem für alle die gleichen demokratischen Spielregeln gelten. Artikel I des GG heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Unser Grundgesetz macht also keinen Unterschied, ob es sich um hier geborene Menschen, um Menschen die schon länger in Deutschland leben oder um Flüchtlinge handelt, die gerade erst bei uns angekommen sind.

Aber ich sage auch: Die Verunsicherungen und Ängste der Menschen müssen die demokratischen Parteien ernst nehmen.

Deshalb gilt: Es muss sozial gerecht zugehen – und zwar für alle Menschen in diesem Land. Für wirklich alle!

Die IG Metall hat die Beschäftigten und ihre Mitglieder gefragt, was das aus ihrer Sicht heißt. Wie soll die künftige Arbeitswelt aussehen?

Mehr als 680.000 Beschäftigte aus über 7.000 Betrieben unseres Organisationsbereichs haben geantwortet.

Die größte Befragung aller Zeiten!

Ihr Anspruch für das Wahljahr 2017: eine gute Politik - sicher, gerecht, selbstbestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wissen doch: Gerechtigkeit geht nur über Tarifverträge!

Das gilt für den Facharbeiter, die Krankenschwester oder die Pflegekraft genauso, wie für die Kauffrau, den Leiharbeiter, den Werkvertragsnehmer oder den Solo-Selbständigen.

91,7 Prozent unserer Befragten fordern ein Verbot der Tariffucht!

Die Tarifbindung der Betriebe ist im Bundesdurchschnitt auf 49 Prozent abgesackt. In Thüringen sind nur rund 25 Prozent der Betriebe und knapp die Hälfte der Beschäftigten tarifgebunden.

Die Einkommens- und Lebensbedingungen klaffen immer weiter auseinander. Beschäftigte in tarifgebundenen Betrieben verdienen durchschnittlich 670 € mehr als ihre Kolleginnen und Kollegen im nicht tarifgebundenen Betrieb gleich nebenan.

Wir sehen also: Tarifverträge schützen und Tarifverträge nützen! Und das nicht nur bei den Löhnen!

Und ihr seid hier in Ostthüringen in den letzten Jahren ja erfolgreich. Ob das bei Mefro-Räderwerk in Ronneburg ist, oder bei Neumayer Tekfor in Schmölln war. Überall dort habt ihr die Tarifbindung hergestellt.

Und beim Armaturenwerk in Altenburg beginnen morgen, am 2. Mai, die Tarifverhandlungen, um an die Fläche ranzukommen. Viel Erfolg! Nur so geht's.

Kolleginnen und Kollegen,  
das ist gewerkschaftliche Kärnerarbeit und das ist Klasse! Und das heißt für mehr als tausend Beschäftigte in Ostthüringen mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen!

Deshalb meine klare Botschaft an die Thüringer Arbeitgeber:  
Nicht nur sonntags von der Sozialpartnerschaft reden. Sondern vor allem montags dafür sorgen, dass mehr Betriebe in die Tarifbindung kommen.

Und mehr Tarifbindung ist das wirksamste Mittel zur Angleichung.

Denn wenn das Schneckentempo der letzten Jahre so weitergeht, wäre die volle Angleichung der Löhne ans Westniveau erst 2081 erreicht.

Nein, Kolleginnen und Kollegen, das ist für die Menschen im Osten keine Perspektive. So lange wollen und so lange werden wir nicht warten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
ob in der Stahlindustrie, bei Textil und Bekleidung, der Energiewirtschaft oder dem Steinkohlebergbau, der Eisenbahn oder dem Öffentlichen Dienst. Überall haben unsere Kolleginnen und Kollegen dazu beigetragen, dass es in unserem Land gerechter zugeht.

Viele von Euch haben sich eingesetzt, dafür gekämpft! Euch gilt unser großer Respekt! Herzlichen Dank dafür!

Wir wissen aber auch: Noch längst nicht geht es überall gerecht oder auch nur halbwegs fair zu. Schaut Euch mal die Situation in der Systemgastronomie, bei McDonald's & Co. an.

Das Verhandlungsangebot der Arbeitgeber ist eine einzige Provokation: Für die unterste Lohngruppe gerade mal lächerliche 3 Cent mehr in der Stunde als der gesetzliche Mindestlohn. Das ist unanständig!

Unsere Solidarität gehört deshalb den Kolleginnen und Kollegen der NGG!

Kolleginnen und Kollegen!

Auf anständige Arbeitsbedingungen und sichere Beschäftigungsperspektiven haben alle einen Anspruch!

Wir nennen das kurz und knapp: Gute Arbeit.

Deshalb gilt auch: Die neuen gesetzlichen Regelungen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen reichen uns nicht.

Noch immer ist es zu leicht, Scheinwerkverträge abzuschließen.

Noch immer ist Leiharbeit nicht auf zeitlich begrenzte Auftragsspitzen beschränkt und der Drehtüreffekt nicht abgeschafft.

Man merkt schon, dass die Arbeitgeber-Lobby wieder mal im Gesetzgebungsverfahren ihre Finger drin hatte.

Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen nicht, dass Leiharbeit und Werkverträge sichere Arbeitsplätze immer mehr verdrängen!

Wir werden uns niemals damit abfinden, dass für gleiche Arbeit zwischen 40 und 50 Prozent weniger Lohn gezahlt wird!

Deshalb verhandeln wir Branchenzuschläge und stärken die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte. Wir wollen damit gute Arbeit auch für Leiharbeiter und Werkvertragsbeschäftigte sichern.

Unser Kampf geht also weiter: Für mehr Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch bei der Arbeitszeit der Zukunft ist mehr Gerechtigkeit dringend nötig.  
Die Menschen wollen „Arbeitszeiten, die zum Leben passen.“

Das heißt: Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Zeit für die  
Kindererziehung oder die Pflege von Familienangehörigen.

Und ein Rückkehrrecht für Frauen und Männer aus der Teilzeit in die Vollzeit!

Keine gesundheitsgefährdenden Schichten, wieder ein Mehr an freien Wochenenden  
und generell: Flexibilität nicht nur nach Arbeitgeberwünschen.

Und was sagen die Arbeitgeber?

Rainer Dulger, Präsident von Gesamtmetall, sagt, ich zitiere: „Der Achtstundentag  
kann nicht mehr so starr sein wie bisher.“

Und Ingo Kramer, Präsident der BDA, sagt, ich zitiere: „Ein Land, das auch morgen  
wirtschaftlich und sozial in der Champions League spielen will, darf sich nicht an  
Arbeitszeitregeln aus dem letzten Jahrhundert klammern.“

Gleichzeitig fordern die Eingriffe in das Arbeitszeitgesetz und eine Aufhebung der  
Mindestruhezeit von 11 Stunden.

Wir erahnen, dass die Auseinandersetzung um „Arbeitszeiten, die zum Leben  
passen“ knochenhart wird.

Also: Karriere statt Kind, Büro statt Bildung, Verfügbarkeit statt Feierabend?

Wir sagen: Schluss damit! Wir wollen mehr selbstbestimmte Arbeitszeiten!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
wesentliche Grundlage für Ordnung und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt sind unsere  
sozialen Sicherungssysteme.

Sie sind große sozialstaatliche Errungenschaften. Die haben wir uns hart erkämpft.

Aber gerecht geht es nicht mehr zu!

Das gilt für die Arbeitslosenversicherung wie auch bei der Rente.



Wir fordern eine längere Bezugsdauer beim ALG I für Ältere ab 55.

Und wir sagen: Nach einem langen Erwerbsleben muss ein materiell abgesicherter Ruhestand geregelt sein.

Das Wort Rente darf nicht länger ganze Generationen in Angst und Schrecken versetzen.

Meine Meinung: Der Ausstieg aus der Arbeit darf nicht den Abstieg in die Armut bedeuten!

Deshalb fordert die Mehrheit, das Rentenniveau wieder anzuheben und nicht das Rentenalter. Besonders bemerkenswert: Für eine sichere Rente sind 85 Prozent der Befragten bereit, höhere Beiträge in die Rentenkasse zu zahlen. Diese Wende in der Rentenpolitik fordert auch die Mehrheit der Jüngeren.

Das ist unser Vorschlag:

In einem ersten Schritt die gesetzliche Rente auf dem heutigen Niveau stabilisieren!

In einem zweiten Schritt auf ein Sicherungsniveau von 50 Prozent anheben!

Macht Schluss mit dem Sinkflug beim Rentenniveau!

Das ist gerade für die Menschen wichtig, die Niedriglöhne bekommen und schon heute mindestens acht Jahre länger arbeiten müssen, nur um eine Rente in Hartz IV-Höhe zu erreichen. Kolleginnen und Kollegen!

Eine starke Rentenversicherung der Zukunft bei stabilem Rentenniveau braucht eine breite Finanzierungsbasis.

Deshalb sagen wir: Alle sind einzubeziehen

- Selbstständige und Vermögende,
- Beamte und Politiker.

Wer jahrzehntelang hart gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss am Ende eine Rente bekommen, von der er in Würde leben kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung ist in den letzten Jahren gewaltig aus dem Ruder gelaufen.

Die Beiträge der Arbeitgeber sind seit Jahren eingefroren, während die Zusatzbeiträge für die Beschäftigten unablässig steigen.

Das ist eine skandalöse soziale Ungerechtigkeit! Deshalb: Es ist höchste Zeit. Wir müssen sofort zurück zur paritätischen Beitragsfinanzierung.

Jetzt muss Schluss damit sein, dass sich die Arbeitgeber bei der Finanzierung der Gesundheitskosten einen schlanken Fuß machen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
ihr wisst, in diesem Jahr sind neben Bundestags- und Landtagswahlen - auch die Sozialwahlen.

Da geht es um unsere Mitbestimmung in den Krankenkassen und bei der Renten- und Unfallversicherung. Also um unsere elementarsten Interessen als Beitragszahler!

Wer bei der Deutschen Rentenversicherung Bund, bei der Techniker Krankenkasse und der DAK-Gesundheit versichert ist, hat bestimmt schon die Wahlbriefe in seinem Briefkasten gefunden.

Meine Bitte: Wählt und bestimmt mit! Macht Euer Kreuz bei Eurer Gewerkschaft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
nicht nur unsere Sozialversicherungen müssen gerechter werden. Auch unser Staat muss wieder handlungsfähiger werden! Der Staat spart zu viel und investiert zu wenig: Straßen und Brücken werden nicht mehr repariert, Schulen nicht saniert, Schwimmbäder geschlossen. In vielen Gemeinden wird nur noch der Mangel verwaltet.

Gerade wir in Gera wissen, was das bedeutet...

Wir brauchen aber eine gute öffentliche Daseinsvorsorge, eine leistungsfähige Infrastruktur und einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst.

Es ist eine alte, aber immer noch gültige Wahrheit: Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten!

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt leider erneut ganz deutlich: Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer.

Immer weniger Menschen glauben, dass es ihren Kindern einmal besser geht als ihnen selbst. Abstiegsängste machen sich breit.

Das über viele Jahrzehnte gültige Wohlfahrtsversprechen greift nicht mehr.

Dazu eine erschreckende Zahl: Vier von zehn Beschäftigten haben beim Bruttostundenlohn seit Mitte der 1990er Jahre real weniger auf dem Lohnzettel!

In kaum einer anderen entwickelten Volkswirtschaft driftet die Verteilung von Einkommen und Vermögen so weit auseinander wie in Deutschland.

Das reichste eine Prozent der Bevölkerung besitzt über ein Viertel des Gesamtvermögens.

70 Prozent der übrigen Bevölkerung besitzen dagegen gerade einmal neun Prozent.

Fast die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland haben überhaupt keine Rücklagen oder sind verschuldet.

Ein Manager eines DAX-Unternehmens bekommt im Schnitt das Fünzigfache eines Normalverdieners.

Also: Normalverdiener 2.500 € Manager 125.000 € Im Monat!

Gleichzeitig lebt jeder Siebte hierzulande in Armut. Fast drei Millionen Kinder wachsen in Deutschland in Armut auf.

Ich finde: In einem reichen Land wie Deutschland ist das ein Skandal!

Kolleginnen und Kollegen,  
Ungleichheit ist kein Naturgesetz!

Zu mehr Gerechtigkeit und einer wirksamen Umverteilung gehört ein gerechteres Steuersystem. Dafür haben wir konkrete Vorschläge zur Bundestagswahl vorgelegt.

Starke Schultern müssen mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Die Schwachen müssen entlastet werden.

Dafür muss in Deutschland die Vermögensteuer wieder erhoben werden und in Europa die seit Jahren diskutierte Finanztransaktionsteuer endlich umgesetzt werden. Mit diesen Mitteln könnte ein so dringend benötigtes Zukunftsprogramm für Europa – für Investitionen und gegen Arbeitslosigkeit – finanziert werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
Europa muss sich seines Gründungsversprechens wieder bewusst werden.

Europa steht für Frieden, Wohlstand, sozialen Fortschritt und den gemeinsamen Kampf gegen Armut.

Leider fehlt dem europäischen Haus heute, das soziale und solidarische Fundament. Die verfehlte Sparpolitik stürzt Länder wie Griechenland und Spanien tief in die gesellschaftliche und humanitäre Krise.

Die dortigen Tarif- und Sozialsysteme wurden an den Rand des Zusammenbruchs getrieben. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben! Europa braucht jetzt einen Kurswechsel!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
das Brexit-Votum ist ein drastisches Zeichen. Das hat Europa ins Mark getroffen.

Bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich versucht eine national-soziale Kandidatin, im zweiten Wahlgang, die Mehrheit gegen Europa für sich zu nutzen.

Dabei brauchen wir Europa mehr denn je. Die Frage ist nicht ob, sondern wie. Wir wollen ein soziales Europa, ein Europa der Solidarität!

Kolleginnen und Kollegen!

Solidarität ist doch keine altmodische Floskel, sondern das Grundprinzip gewerkschaftlichen Handelns.

Solidarität heißt gegenseitig verbunden sein, gemeinsame Ziele und vereintes Handeln.

Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können - das war, ist und bleibt unser Ziel.

Ob Achtstunden-Tag, 30 Tage Urlaub, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Altersteilzeit, die unbefristete Übernahme der Auszubildenden oder auch die Bildungsteilzeit.

Das alles sind Erfolge, für die wir gemeinsam gestritten und die wir uns gemeinsam erkämpft haben.

Auch wenn wir nicht immer erfolgreich waren: Unser Kampf hat sich gelohnt, er lohnt sich heute und auch in Zukunft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst uns diesen 1. Mai als Auftakt nehmen, an dem wir für soziale Gerechtigkeit und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa kämpfen.

- Für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik und für eine Rückkehr zur Parität in der Krankenversicherung!
- Für sichere und gute Arbeit. Für eine höhere Tarifbindung.
- Für Arbeitszeiten, die zum Leben passen.
- Gegen Befristungen, Missbrauch von Werkverträgen und ungleiches Gehalt!
- Für ein gut ausgestattetes und gerechtes Gemeinwesen, für starke öffentliche Dienstleistungen und Investitionen, für bessere Bildung und für eine gerechte Steuerpolitik.
- Und für alle gute Perspektiven in der Arbeitswelt von morgen.

Wenn wir das alles erreichen wollen, brauchen wir einen Politikwechsel in Deutschland. Ein "Weiter so" a la GroÙer Koalition ist kein Modell für die Zukunft!

Kolleginnen und Kollegen,

eine andere, eine bessere Politik ist möglich. Unser ehemaliger Bundeskanzler Willy Brandt hat uns in seiner letzten Rede etwas mit auf den Weg gegeben.

Ich zitiere: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer.

Darum besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“ (Zitatende)

Lasst uns gemeinsam auch in Zukunft Gutes bewirken!

Wir sind viele!

Mit uns gehen heute in Deutschland Hunderttausende auf die Straßen.

Uns alle eint die Überzeugung, dass wir unser Land verändern, dass wir es gerechter, sozialer und lebenswerter machen können.

Denn: „Wir sind viele. Wir sind eins.“

Herzlichen Dank und Glück auf!